Persönlich erstellt für:

„Trauermärsche“ sind Heuchelei und Lügnermärsche

Das britische Verhörzentrum Bad Nenndorf von 1945 bis 1947: Bedeutungswandel zwischen Kriegsende und Kaltem Krieg

VON STEFFEN HOLZ

Das ehemalige Deutsche Reich wurde nach Ende des Zweiten Weltkriegs in vier Besatzungszonen aufgeteilt. In Vergessenheit geriet, dass das Zentrum der britischen Verwaltung sich im Dreieck der ostwestfälischen Kleinstädte Lübbecke, Bad Oeynhausen und Minden befand – nur das Hauptquartier war in Berlin. Das Verhörzentrum Bad Nenndorf bildete somit einen speziellen, räumlich nahe gelegenen Ableger der britischen Militärverwaltung.

Britische Journalisten machten Ende 2005 öffentlich, dass im CSDIC No. 74 Bad Nenndorf Gefangene nachweislich misshandelt und gefoltert worden sind. Viele Gefangene litten an extremer Unterernährung und Misshandlungen. Zwei von ihnen starben an den Folgen.

Das Wincklerbad – seit 2006 Ziel nationalsozialistischer Wallfahrten – war jedoch nur eins von insgesamt 106 Gebäuden auf einem Areal von zirka einem Quadratkilometer. Dieser Lagerkomplex wurde am 1. August 1945 durch die britische Besatzungsmacht beschlagnahmt. Die 2000 Bewohner mussten innerhalb weniger Stunden ihre Häuser verlassen.

Das CSDIC Bad Nenndorf war Teil des Systems der zivilen Internierungslager der Besatzungsmächte, die neben den Kriegsgefangenenlagern existierten. In allen vier Besatzungszonen waren bis 1948 etwa 500 000 NS-Funktionäre in diesen Zivilinternierungslagern gefangen – davon 90 000 in der britischen Besatzungszone. Ziel dieser Internierungen war die Verhinderung von Bürgerkriegshandlungen sogenannter „Werwölfe“ sowie die Unterbindung von ideologischem und politischem Einfluss durch Nationalsozialisten.

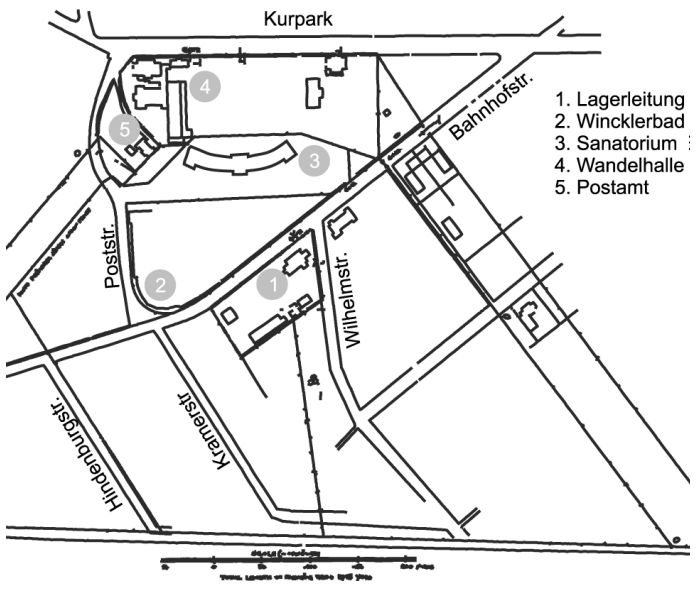
In den zivilen Internierungslagern bestand die Mehrzahl der Inhaftierten aus den unteren und mittleren Führungskadern des NS-Regimes. Das CSDIC Bad Nenndorf hingegen war zunächst für hohe und höchste Nationalsozialisten vorgesehen: für hohe Militärs sowie Spitzenkräfte aus der Wirtschaft.

Dies war die Funktion in seiner Anfangszeit, ein Instrument zur Verhinderung von Bürgerkrieg und nationalsozialistischer Indoktrination. Über die Namen der dort inhaftierten Nationalsozialisten ist bis heute wenig bekannt geworden. In den vierziger Jahren existierten darüber allerhand Gerüchte.

Zu den bekanntesten beziehungsweise einflussreichsten Gefangenen des Dritten Reichs zählten der SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS, Oswald Pohl, zugleich Leiter des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes, sowie die Testpilotin Hanna Reitsch. In Pohls Zuständigkeit lag unter anderem die sogenannte „wirtschaftliche Nutzung“ der Konzentrationslager – von der Arbeitskraft der Häftlinge über Zahngold bis zu den Haaren der Frauen. Pohl und Reitsch waren dort jedoch nur wenige Tage, während für den Großteil der Gefangenen der Aufenthalt gewöhnlich mehrere Monate dauerte.

Bedeutender für die spätere Entwicklung der frühen Bundesrepublik waren jedoch NS-Gefangene aus den Propaganda-Apparaten von Joseph Göbbels und Heinrich Himmler (Reichsführer SS). Horst Mahnke und Giselher Wirsing waren Urgesteine der NS-Propaganda und setzten mit nur geringer Verzögerung durch „Bad Nenndorf“ ihre Karrieren beim „SPIEGEL“ und der Zeitschrift „Christ und Welt“ fort. Beide Zeitschriften gehörten in den fünfziger und sechziger Jahren zu den auflagenstärksten westdeutschen Wochenmagazinen.

Bad Nenndorf scheint 1945 bis 1947 ein Sammelzentrum ehemaliger NS-Propaganda-Strategen gewesen zu sein, die die Zeit dort für Vorbereitungen nutzten, um unter nunmehr geänderten politischen Voraussetzungen weiterhin die Medienlandschaft Westdeutschlands maßgeblich zu gestalten.



Das britische Spezialverhörlager in Bad Nenndorf war von einem dreifach gestaffelten und fünf Meter hohen Absperrzaun umgeben. Im Zentrum lagen das Wincklerbad und die Esplanade. Im Norden wurde es durch den Kurpark begrenzt, im Süden durch den alten Bahnhof von Bad Nenndorf (heute Jugendzentrum). Mittendrin lag das Wohngebiet von Wilhelm-, Kramer- und Bahnhofstraße. Foto: pr.

Die Zusammensetzung der Gefangenen im Wincklerbad änderte sich jedoch mit dem aufkommenden Kalten Krieg. Ab 1946 wurden dort vermehrt mutmaßliche sowjetische Spione und Kommunisten gefangen gehalten. Diese bildeten zum Zeitpunkt der Schließung die große Mehrheit der Inhaftierten. Bad Nenndorf erfuhr demnach einen gravierenden Bedeutungswandel von einem Instrument gegen das erneute Erstarken des Faschismus zu einem Instrument im beginnenden Kalten Krieg.

Inhaftierte aus beiden Gruppen von Gefangenen – sowohl NS-Funktionäre als auch mutmaßliche Sowjetspione und Kommunisten – wurden Opfer schwerer Misshandlungen durch das Wachpersonal: durch Schläge bis hin zu brutalem Verprügeln. Viele mussten stundenlang fast nackt in eisiger Kälte stehen, gefrorene Wände und Betonfußböden schrubben. Sie waren Scheinerschießungen ausgesetzt. Ihnen wurden Kleidung und Schuhe weggenommen, und sie litten unter extremem Nahrungsentzug.

Im damaligen militärischen Sprachgebrauch fielen diese Methoden (nicht jedoch Nahrungsentzug und Verprügeln) unter den unscharfen Begriff des mentalen Drucks („mental pressure“) und waren zumindest beim Geheimdienst übliche Verhörmethoden.

Der Lagerkommandant Lieutenant Colonel Robin Stephens galt als Spezialist in diesen Techniken und hat den MI5 damit für Jahrzehnte geprägt. Während des Krieges hatte er mit solchen Techniken fast alle deutschen Spione, die auf der britischen Insel eingeschleust wurden, zu Doppelagenten umgedreht. Stephens versorgte so die deutschen Generalstäbe mit strategisch wichtigen Fehlinformationen: unter anderem im Zusammenhang mit der Landung in der Normandie. Man kann sagen, dass das „Double Cross System“ von Stephens maßgeblich den Kriegsverlauf in Westeuropa beeinflusste.

Bei den mutmaßlichen Sowjetspionen und Kommunisten konnte im Gegensatz zu den NS- Gefangenen auch die Anwendung physischer Folter mit mittelalterlichen Instrumenten nachgewiesen werden: Daumen- und Schienbeinschrauben, die aus dem Gestapo-Gefängnis des KZ Neuengamme stammten.

Von der Kategorie der Nazi-Funktionäre liegen zahlreiche eigene Berichte in Form von teilweise veröffentlichten Biographien vor. Es gibt von den NS-Gefangenen aus Bad Nenndorf keinen einzigen Bericht über die Anwendung physischer Folter zur Erzwingung von Aussagen bei Verhören.

Die Missstände gelangten ins Visier der Militärbehörden, nachdem es in Folge der Misshandlungen im Januar und Februar 1947 zu zwei Todesfällen im Militärhospital in Rotenburg bei Verden an der Aller gekommen war. Bei beiden Todesfällen handelte es sich um vermeintliche „Kommunisten“.

Sterbend wurden diese Gefangenen bei eisiger Kälte auf den Pritschen von Lastwagen aus Bad Nenndorf dorthin verlegt. Die beiden Toten, mit denen die Nazis ihre sogenannten „Trauermärsche“ bewerben, sind Walter Bergmann und Franz Österreicher. Beide gehören ebenfalls zu den Gefangenen der zweiten Phase in Bad Nenndorf: Sie waren vermeintliche Kommunisten.

Ihnen folgten etliche weitere ehemalige Gefangene aus Bad Nenndorf, von denen einige nur knapp vor dem Tode gerettet werden konnten. Zu Letzteren gehörten auch Heinz Biedermann und Gerhard Menzel – diejenigen „Kommunisten“, deren Fotos die Nazis zur Bewerbung ihrer „Trauermärsche“ benutzen.

Die „Trauermärsche“ der Nationalsozialisten erweisen sich somit nicht nur als Heuchelei: Sie sind Lügnermärsche. Wer glaubt heutigen Nazis, dass sie um Kommunisten trauern?

• Steffen Holz ist Gewerkschaftssekretär beim DGB (Region Niedersachsen-Mitte).

Die Politiker spielen ein doppeltes Spiel

Thomas Schmidt: Beschäftigte der Straßenmeisterei dürfen nicht für ihre gute Arbeit später auch noch bestraft werden

VON THOMAS SCHMIDT

Wir – die Beschäftigten in der Straßenmeisterei Stadthagen – stellen uns schon lange die Frage: Was sind faire Löhne? Wie sieht gute Arbeit aus? Und welche soziale Sicherheit haben wir?

Blicken wir einfach mal drei Monate zurück auf die Tarifrunde bei den Landesbeschäftigten. Meine Kolleginnen und Kollegen haben für ihre gute Arbeit einen fairen Lohn gefordert.

Wie haben die Arbeitgeber darauf reagiert? Als Erstes haben sie vorab die Schlichtungsvereinbarung gekündigt, damit ja kein Externer einen Vorschlag für eine faire Erhöhung der Löhne vorschlagen kann.

Als Nächstes konnten sie die immer wieder zitierten Sprüche „Wir haben kein Geld“ und „Die öffentlichen Haushalte stehen sehr schlecht da“ aus der Schublade rauskramen. Damit sich meine Kolleginnen und Kollegen keine falschen Hoffnungen machen, haben sie auch kein Angebot unterbreitet.

Wir mussten erst wieder auf die Straße gehen und unseren berechtigten Forderungen Nachdruck verleihen, damit sich die Damen und Herren der Tarifgemeinschaft der Länder zu einem annehmbaren Ergebnis bereit erklärten. Dies alles im öffentlichen Dienst, wo die politisch Verantwortlichen bei jeder Presseerklärung und sozialen Unstimmigkeit in der freien Wirtschaft ihre mahnende Hand erheben und es nicht gut finden, wenn gestreikt wird.

Die Bürger erwarten eine gute Arbeit von der Straßenmeisterei. Dies geht jedoch nur mit gut ausgebildeten und motivierten Beschäftigten, die einen fairen Lohn mit sozialer Sicherheit zum Leben bekommen. Foto: pr.

Unter dem Aspekt der sozialen Sicherheit ist es meinen Kolleginnen und Kollegen ein Rätsel, wie sie es schaffen sollen, bis 67 zu arbeiten, um ohne Abzüge in ihren verdienten Ruhestand zu gehen. Dies alles nach zirka 50 Jahren im Berufsleben, wobei wir bei Wind und Wetter 365 Tage im Jahr draußen arbeiten müssen.

Von der Politik wird uns gesagt: Das müsst ihr tariflich regeln. Und wenn es bei den Tarifverhandlungen angesprochen wird, sagen genau dieselben Politiker (nur in anderer Funktion): „Nein, dafür ist kein Geld da.“ Soviel zu der Verantwortung der sozialen Sicherheit bei den Arbeitgebern.

Wir wollen eine Regelung! Beschäftigte, die aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in den Ruhestand gehen müssen, dürfen nicht für ihre gute Arbeit auch noch bestraft werden.

Wir sollen für alle Bürger Sicherheit herstellen. Dies geht nur mit gut ausgebildeten und motivierten Beschäftigten, die einen fairen Lohn mit sozialer Sicherheit zum Leben bekommen, weil die Bürger eine gute Arbeit vom öffentlichen Dienst erwarten.

• Thomas Schmidt ist Straßenwärtermeister bei der Straßenmeisterei Stadthagen. Zurzeit ist er für die Arbeit im Hauptpersonalrat des niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr teilfreigestellt.